

Ergebnis im Tarifstreit: Entlastungstage und Zulagen für pädagogische Fachkräfte

geschrieben von Redakteur | Mai 18, 2022



Ergebnis bei Tarifverhandlungen für Sozial- und Erziehungsdienste

Nach dreitägigen Verhandlungen über Entlastung und Aufwertung der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten der Kommunen haben die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ein Ergebnis erzielt. Danach erhalten die Beschäftigten zunächst zwei Entlastungstage pauschal sowie die Option zur Umwandlung von Entgeltbestandteilen in zwei weitere Entlastungstage. Zudem werden monatliche Zulagen je nach Berufsgruppe zwischen 130 Euro und 180 Euro gezahlt, um die Tätigkeiten im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste aufzuwerten.

„Das ist den Kolleginnen und Kollegen in den Sozial- und Erziehungsdiensten zu verdanken, die in den vergangenen Tagen und Wochen gekämpft und gestreikt haben. Der Einstieg in Entlastung und die weitere Aufwertung ist gegen die erheblichen Widerstände der kommunalen Arbeitgeber gelungen. Das ist ein weiterer maßgeblicher Schritt, um die Berufe im

Sozial- und Erziehungswesen attraktiver zu machen und wirksam gegen Fachkräftemangel vorzugehen“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke am Mittwoch (18. Mai 2022) in Berlin.

Im Einzelnen sieht das Verhandlungsergebnis neben den „Zwei-plus-zwei“-Entlastungstagen eine monatliche Zulage für Erzieherinnen und Erzieher von 130 Euro vor, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bekommen 180 Euro mehr. Dazu kommen im Einigungspaket zahlreiche Verbesserungen, die zu einer höheren Eingruppierung führen. Erstmals wird zudem eine Zulage für die Praxisanleitung in Höhe von 70 Euro gewährt; die Auszubildenden der Heilerziehungspflege erhalten zum ersten Mal eine tarifliche Ausbildungsvergütung. Darüber hinaus werden die Stufenlaufzeiten wieder an die allgemeinen Tabellen im öffentlichen Dienst angepasst, so dass schnellere Stufenaufstiege erfolgen und Entwicklungsmöglichkeiten wiederhergestellt werden.

Die Vereinbarung hat eine Laufzeit von fünf Jahren bis zum 31. Dezember 2026.

ver.di und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) verhandeln für rund 330.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Kommunen. Von den Verhandlungen betroffen sind aber auch zahlreiche Beschäftigte bei anderen Trägern, die die Verhandlungsergebnisse übernehmen. Die drei Verhandlungsrunden waren von Aktionen, Kundgebungen und Warnstreiks begleitet. Allein in der vergangenen Woche hatten rund 45.000 Beschäftigte zeitweilig die Arbeit niedergelegt.

Die Gewerkschaft wird jetzt die Mitglieder zu diesem Verhandlungsergebnis befragen.

Quelle: Pressemitteilung verdi